Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1580
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 27. | Mittwoch, 2. Februar 1927, abends. | 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 4/5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige, zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die „Quittung".

Nach Anhören des Gutachtens des Pariser Militärkomitees ist sich die Botschafterkonferenz in ihrer denkwürdigen Dienstag-Sitzung darüber schlüssig geworden, daß nun nichts mehr im Wege stände, die Abrüstung Deutschlands in offizieller Form anzuerkennen. Durch diesen Beschluß erhält das Deutsche Reich nunmehr die Quittung, daß es die Verpflichtungen des Versailler Vertrages über die Abrüstung bis in alle Einzelheiten erfüllt hat. Diese Quittung ist allerdings etwas reichlich spät der deutschen Regierung ausgehändigt worden. Sind doch immerhin nach der „pünktlichen Zahlung" eine Reihe von Jahren dahingeflossen, ohne daß der Empfänger dieser Zahlung auch nur daran dachte, den Erhalt zu bestätigen. Trotzdem wird das deutsche Volk mit einer gewissen Befriedigung von dem letzten Beschluß der Botschafterkonferenz Kenntnis nehmen, beseitigt er doch einen Vorwand und eine Handhabe, die sich immer als dienlich erwiesen, dem deutschen Volke neue Lasten aufzuerlegen, die Verpflichtungen des Versailler Vertrages, die zu unseren Gunsten sprachen, immer wieder zu sabotieren oder ihre Durchführung auf unabsehbare Zeit hinauszuzögern — weil eben Deutschland diese Quittung der Botschafterkonferenz nicht vorweisen konnte. Nach Erkenntnis der Botschafterkonferenz hat nunmehr also Deutschland vollständig abgerüstet. Was dem Reich an Wehr und Macht geblieben ist, ist so unbedeutend, daß es die tatsächliche Wehrlosigkeit Deutschlands kaum berührt. Gibt es eine noch bessere und sicherere Garantie für die Entente, als diese machtpolitische Ohnmacht des zusammengebrochenen Deutschlands? Man sollte glauben, daß es nicht notwendig wäre, über diese Frage zu diskutieren. Die Hetzreden des polnischen Außenministers und die Tiraden der Pariser chauvinistischen Presse zeigen jedoch leider, daß Selbstverständlichkeiten und Notwendigkeiten nicht überall als selbstverständlich und notwendig erachtet werden.

Für die Aushändigung der Quittung hat Deutschland neuerdings ein großes Opfer gebracht. Die wochenlange Aussprache in Paris über die Frage der Ostbefestigungen hat mit einem Kompromiß geendet, das zwar nicht sämtliche der rücksichtslosesten Forderungen des Militärkomitees berücksichtigt, aber doch der deutschen Regierung die Verpflichtung auferlegt, die Befestigungen an unserer Ostgrenze in „einem Stand zu halten", der ihnen jeden militärischen Wert nimmt. Ueber den Begriff „System von Festungen", wie der Versailler Vertrag ihn festlegt, wurde in den Verhandlungen zwischen den deutschen Delegierten und dem Pariser Militärkomitee eine räumliche Definition festgesetzt, die, wenigstens in gewisser Hinsicht, der deutschen Forderung Rechnung trägt. In der Frage der Instandhaltung der bestehenden Festungsanlagen kam man überein, daß ein Ausbau der Festungswerke selbst nicht erfolgen dürfe, wohl aber eine gewisse Modernisierung, die allerdings stark begrenzt ist. Am wenigsten dürfte die Einigung über die seit 1920 errichteten Neubauten befriedigen. Der weitaus größte Teil der in den letzten sechs Jahren geschaffenen Befestigungsanlagen muß zerstört werden, gegen den Rest erhob das Militärkomitee nach eingehender Prüfung der Art und des militärischen Wertes dieser Anlagen keinen Einwand. Gewiß fällt es schwer, aus diesem Kompromiß etwas Günstiges für uns herauszulesen. Aber das darf nicht die Einsicht trüben, daß ohne dieses Kompromiß das Deutsche Reich heute nicht die Quittung in Händen hätte, die den deutschen Rechtsstandpunkt unerschütterlich macht.

Bereits am Montag hat das Reichskabinett in einer Sitzung, an der die deutschnationalen Minister nicht teilnahmen, beschlossen, dem deutschen Bevollmächtigten in Paris alle Vollmachten zu erteilen, die zum Abschluß der Verhandlungen notwendig waren. Wenn auch durch das Fehlen der deutschnationalen Minister die deutschnationale Fraktion des Reichstages wohl schwerlich für diesen Beschluß mitverantwortlich gemacht werden kann, so glauben wir doch nicht, daß er anders ausgefallen wäre, wenn die damals zum Teil noch nicht ernannten deutschnationalen Minister an der fraglichen Kabinettssitzung teilgenommen hätten. Im übrigen dürfte sich das nunmehr komplette Reichskabinett nach der Rückkehr der deutschen Delegierten von neuem mit dem Ergebnis des Pariser Kompromisses beschäftigen. Man wird wohl anzunehmen haben, daß die deutschnationalen Minister ihre Zustimmung zu dem Beschluß des Kabinettes nachträglich nicht versagen werden.

Der Abzug der J. M. K. K.

vdz. Berlin. Die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission hat mit dem 31. Januar endgültig ihre Tätigkeit eingestellt. Die Kommission begann ihre Tätigkeit im Anfang des Jahres 1920 und wurde damals von dem französischen General Nollet und dem englischen Admiral Bingham geleitet. Mitte 1924 trat ein Personenwechsel ein und der französische General Walch und der englische General Wardthope wurden die Leiter der Kommission und haben sie bis jetzt geführt. Durch die deutschen Stellen, welche in all den Jahren die Verhandlungen mit der Kommission zu führen gehabt haben, wird versichert, daß die Persönlichkeiten der Kommission stets in entgegenkommender Weise die Formen der Verhandlungen möglichst angenehm zu gestalten bemüht waren. Bei der Tätigkeit der J. M. K. K. kann man drei Perioden unterscheiden, die erste Periode lief vom Herbst 1920 bis 1922 und umfaßte die andauernden Kontrollhandlungen. Die zweite Periode fiel in die Zeit des Ruhrkampfes von 1923. In diesem Jahre war die Kontrolltätigkeit vollkommen unterbrochen. Die letzte Periode, die seitdem gelaufen ist, umfaßte die Verhandlungen über die Generalkontrolle und den Abbau der Kontrolltätigkeit. Im Januar 1924 trat die J. M. K. K. an die deutsche Regierung heran mit dem Ersuchen, eine Generalkontrolle zu gestatten. Das wurde von deutscher Seite zugestanden. Daran schloß sich sodann der Notenwechsel über die Frage der Generalinspektion. Diese Generalinspektion sollte die letzten Reste der Kontrolltätigkeit bilden. Von 1924 bis 1926 fand ferner ein andauernder Notenwechsel wegen der Räumung der ersten besetzten Zone statt. Diese Räumung wurde zunächst nicht gestattet, weil die Generalinspektion noch nicht vollkommen durchgeführt war. Nachdem die Generalinspektion im Januar 1925 durchgeführt war, beschäftigte sich die J. M. K. K. vom Februar bis Juni 1925 mit ihrem Bericht an das Militär-Garantiekomitee in Paris. Im Juli 1925 wurde die große Entwaffnungsnote der deutschen Regierung überreicht und am 11. November 1925 erfolgte die grundsätzliche Einigung. Damals blieb nur noch die Frage des Kriegsmaterials übrig. Auf Grund der Einigung erfolgte am 14. November der Beschluß der Botschafter-Konferenz über die Räumung der ersten Zone zum 1. Januar 1926. Bis zum August 1926 fanden sodann Verhandlungen über die Abwicklung der Rechtsfragen und über das weitere Vorgehen statt. Vom August 1926 bis Januar 1927 dauerten die Verhandlungen über das Kriegsmaterial und die sogen. Restpunkte. Die Frage der Grenzfestungen trat erst im Februar 1926 auf.

•

Eine Folge des Abzuges der J. M. K. K.

Nachdem die Aufgaben der J. M. K. K. abgelaufen sind, haben gleichzeitig auch die deutschen Militär- und Marine-Friedenskommissionen ihre Tätigkeit eingestellt.

Zum Arbeitsbeginn der neuen Reichsregierung.

Die politische Aussprache im Reichstage.

)(Berlin. Nach der Regierungserklärung des Reichskanzlers Dr. Marx in der Donnerstagssitzung des Reichstages wird die Sitzung für zwei Stunden unterbrochen werden, um den Parteien Gelegenheit zu geben, zum Regierungsprogramm Stellung zu nehmen. Die Regierungsparteien werden voraussichtlich zunächst eine gemeinsame Erklärung abgeben lassen und weitere Redner erst vorschicken, wenn der Verlauf der Verhandlungen dies erforderlich macht. Der „Tägl. Rundschau" zufolge wird der Zentrumsabgeordnete Dr. Wirth seine von der Zentrumsfraktion abweichende Meinung aussprechen. Die Abstimmung über die von den Sozialdemokraten und Kommunisten zu erwartenden Mißtrauensanträge wird erst am Sonnabend nachmittag erfolgen. Am Montag soll die erste Lesung des Reichshaushaltsplans für 1927 beginnen. Der Aeltestenrat, der für Donnerstag mittag einberufen worden ist, wird die genauen Bestimmungen über die Verhandlungen treffen.

•

Das Regierungsprogramm.

Nach der Bestätigung des Gesamtkabinetts durch den Reichspräsidenten haben sich die Minister sofort mit dem Inhalt und dem Text der Regierungserklärung beschäftigt. Wir hören von unterrichteter Seite, daß **die Regierungserklärung mit dem Verhandlungsprogramm des Reichskanzlers nach Inhalt und Form nicht identisch sein wird.** Die neuen Minister haben bei dieser Besprechung mit dem Reichskanzler ihre eigenen Absichten in großen Zügen dargelegt und ihre Wünsche für die Regierungserklärung ausgesprochen. Es wird versichert, daß das Gesamtprogramm auch von den Oppositionsparteien akzeptiert werden kann, da es sich in dem Rahmen der Regierungserklärung des bisherigen Reichskabinettes halten wird.

•

Fortführung des finanzpolitischen Kurses.

gn. Berlin. Die kurzen Ausführungen des neuen **Reichsfinanzministers Dr. Köhler über seine Absichten in der Finanzpolitik** haben in politischen und finanziellen Kreisen einen guten Eindruck gemacht. Wie wir hören, entnimmt man dem Wunsche Dr. Köhlers, mit der Finanz- und Steuerpolitik der Gesamtwirtschaft dienen zu wollen, daß er die **Politik Dr. Reinholds**, die nicht nur bei seinen Ministerkollegen, sondern auch beim Reichspräsidenten und in den maßgebenden Finanzkreisen Zustimmung gefunden hat, **fortführen** will. Die Reichstagsparteien erwarten von Dr. Köhler die baldige Aufnahme von Verhandlungen über den Finanzausgleich des Reiches mit den Ländern.

•

Empfänge beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspruch.) Der Herr Reichspräsident empfing heute den Herrn Reichskanzler sowie die neuernannten Reichsminister Dr. Köhler, Dr. Koch und Dr. Schätzl, ferner die bisherigen Reichsminister Dr. Haslinde und Dr. Külz.

Eine Erklärung der Deutschen Volkspartei.

Die **Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei** läßt folgende Erklärung veröffentlichen:

Die Deutsche Volkspartei hat seit Jahren den Standpunkt vertreten, daß eine parlamentarische Mehrheitsregierung in Deutschland angesichts der überaus schwierigen außen- und innenpolitischen Entscheidungen erforderlich sei. Nach der Rede des Abg. Scheidemann zu der für die Deutsche Volkspartei entscheidenden Frage der Reichswehr war für sie die Große Koalition nicht mehr tragbar. Getreu ihrer in den letzten Jahren mehrfach festgelegten Auffassung hat sie besonders auch durch die erfolgversprechenden Verhandlungen ihres Ministers Dr. Curtius alles versucht, um die Mehrheitsregierung von Demokraten bis Deutschnationalen zustande zu bringen. Um dieses Zieles willen hat sie schwerste Opfer nicht gescheut, eingedenk ihres alten Wahlspruches: „Das Vaterland über die Partei". Besonders schmerzlich mußte sie den Verzicht auf die Weiterführung des Verkehrsministeriums durch Herrn Dr. Krohne, einem im höchsten Maße bewährten Fachmann auf diesem Gebiete, empfinden. Ihre Stellungnahme wurde in letzter Linie bestimmt durch **den Appell an ihre vaterländische Gesinnung.** Diesen Appell hat der **Herr Reichspräsident**, der den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Volkspartei, Dr. Scholz, zu diesem Zwecke zu sich bat, nicht nur mündlich, sondern auch in folgendem Schreiben in nachdrücklicher Form an die Fraktion gerichtet:

An Herrn **Reichsminister a. D. Dr. Scholz**, Fraktion der Deutschen Volkspartei.

Sehr geehrter Herr Reichsminister!

Wie mir der Herr Reichskanzler berichtet, ist die Zusammensetzung der neuen Reichsregierung auf Schwierigkeiten gestoßen. Die Regierungskrise währt nun schon sechs Wochen. Die vor uns liegenden politischen und wirtschaftlichen Aufgaben erfordern dringend den Beginn der Tätigkeit einer vollarbeitsfähigen Reichsregierung. Wenn ich auch Ihrer Forderung, den bewährten und erfahrenen Reichsverkehrsminister Dr. Krohne auch im neuen Kabinett beizubehalten, volles Verständnis entgegenbringe, so muß ich doch an Sie und Ihre Fraktion die Bitte richten, auf dieser Forderung nicht zu bestehen und so das letzte Hindernis auf dem Wege der Regierungsbildung zu beseitigen. Die bisherige Haltung der Deutschen Volkspartei und ihrer Reichstagsfraktion berechtigt mich zu der Annahme, daß sie auch hier die Rücksicht auf das vaterländische Wohl und die Gesamtinteressen des deutschen Volkes allen anderen Wünschen und Interessen voranstellen und sich diesem meinem Appell nicht versagen wird.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich Ihr ergebener

(gez.) **v. Hindenburg.**

Die Nationalliberale Korrespondenz beschäftigt sich in einem ausführlichen Kommentar mit den Gründen der Deutschen Volkspartei für ihre Stellungnahme.

•

Einberufung des demokrat. Parteivorstandes.

)(Berlin. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei ist auf **Sonnabend, den 12. Februar**, zur Erörterung der politischen Lage nach Berlin zusammenberufen worden.

Tiroler Kundgebung für Dr. Roldin.

Schwere Zusammenstöße mit der Polizei.

* Innsbruck. Für den durch den Gewaltakt des Präfekten von Trient zur Zwangsverschickung verurteilten deutschen Rechtsanwalt Dr. Roldin in Salurn wurde in Innsbruck **von allen Ständen der Bevölkerung am 1. Februar eine große Kundgebung veranstaltet.** Der Kampf des Trienter Präfekten gegen Dr. Roldin wurde als ein Kampf gegen die gesamte deutsche Kultur bezeichnet. Zum Schluß wurden Bundeskanzler Dr. Seipel, Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Ministerpräsident Dr. Held durch Telegramme aufgefordert, alles zu tun, damit Dr. Roldin wieder in Freiheit gesetzt und jedem Stammesbruder in Südtirol das Recht auf deutsche Gesinnung eingeräumt werde.

Nach der großen Kundgebung zog der größte Teil der Versammlungsteilnehmer vor das italienische Konsulat. Das Gebäude war bereits von der Polizei abgesperrt und der Platz in weitem Umkreise besetzt. Es kam zu stürmischen Kundgebungen gegen Italien. Als die Polizei versuchte, die Menge zu vertreiben und dabei auch die Gummiknüppel in Anwendung brachte, kam es zu heftigen Zusammenstößen. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Erst nach mehr als einer Stunde gelang es der Polizei, die Menge zu zerstreuen.

Streik der Wiener Postchauffeure.

Wien. (Funkspruch.) Infolge eines persönlichen Konflikts zwischen einem Postchauffeur und dem Vorstand eines Wiener Postamts haben die Wiener Postchauffeure gestern abend die Arbeit niedergelegt. Der Telegraphen- und Telefonverkehr sowie der Brief- und Paketpostverkehr von den Bahnhöfen in die übrigen Teile Oesterreichs und in das Ausland wird dadurch nicht berührt.